



Wolfgang Zöller

Mitglied des Deutschen Bundestages

Der Beauftragte der Bundesregierung
für die Belange der
Patientinnen und Patienten

11011 Berlin - Platz der Republik 1
Büro: Jakob-Kaiser-Haus, Zi. 3.407
Telefon (030) 227 – 75 557
Telefax (030) 227 – 76 529
E-Mail: wolfgang.zoeller@bundestag.de
Internet www.wolfgang-zoeller.de

Wahlkreisbüro
Petzoltstrasse 7, 97828 Marktheidenfeld
Telefon (09391) 91 58 11
Telefax (09391) 91 76 08
und
Mariengasse 6, 63911 Klingenberg-Röllfeld
Telefon (09372) 10911
Telefax (09372) 12351

Berlin, 7. September 2010
zoe/md

Frau
Sabine Sch [REDACTED]

[REDACTED]

Ihre E-Mail zur Verlängerung der Laufzeiten für deutsche Atomkraftwerke

Sehr geehrte Frau Sch [REDACTED]

Sie haben sich vor kurzem mit einer so genannten Massen-E-Mail an mich gewandt und die Verlängerung der Laufzeiten für deutsche Atomkraftwerke kritisiert.

Seien Sie versichert: Die CSU setzt sich sehr engagiert für eine nachhaltige, umweltfreundliche Energieerzeugung ein. Eine sichere, preiswerte und ökologisch verträgliche Energieversorgung ist für den Industriestandort Deutschland von höchster Bedeutung und schafft das Fundament für Wettbewerbsfähigkeit, Wohlstand und Arbeitsplätze. Deshalb wollen wir eine Energiepolitik mit Vernunft und Augenmaß.

Dazu gehört ein breit gefächertes Energiemix aus Biomasse, Wasser-, Wind- und Sonnenenergie sowie Erdöl, Kohle, Gas und Kernenergie. Jeder Energieträger hat seine Stärken, die wir nutzen wollen. Ohne Kernenergie ist eine globale Lösung der CO₂-Problematik derzeit leider nicht möglich. Mit Wind- und Solarenergie allein sind der drastisch steigende Energiebedarf und die weltweiten Klimaschutzziele nicht in Einklang zu bringen. Deshalb brauchen wir noch die Kernkraft, bis die Erneuerbaren Energien in der Lage sind, unseren Energiebedarf zu decken. Da für uns die Kernenergie eine Brückentechnologie ist, lehnen wir den Neubau von Kernkraftwerken ab.

Da Sie Unions- und FDP-Politiker zitieren, die sich kritisch zur Laufzeitenverlängerung äußern, möchte ich darauf hinweisen, dass es auch aus Reihen der SPD zahlreiche prominente Befürworter für eine solche Verlängerung gibt, etwa die ehemaligen Bundesminister Wolfgang Clement und Otto Schily. Von Schily stammt folgendes aktuelle Zitat: „Ich finde es sinnlos, die jetzt abgeschriebenen Kernkraftwerke einfach abzuschalten. Das ist so, als wenn Sie einen Lastwagen voller Bargeld verbrennen.“



Wolfgang Zöller

Mitglied des Deutschen Bundestages

Der Beauftragte der Bundesregierung
für die Belange der
Patientinnen und Patienten

Seite 2 von 3 Seiten des Schreibens vom 7. September 2010

Tatsache ist auch, dass Deutschland mit der Entscheidung von Rot-Grün für den Atom-
ausstieg im Vergleich zu anderen Staaten sehr isoliert dasteht. Die direkten Nachbarstaaten
Deutschlands setzen weiterhin auch auf Kernenergie:

- Die **Schweiz** hat all ihren fünf Kernkraftwerken unbefristete Betriebsgenehmigungen erteilt (auch der ältesten Anlage in Mühleberg, die bereits seit 1972 in Betrieb ist).
- In den **Niederlanden** wurde die Betriebsgenehmigung für das Kernkraftwerk Borselle im Jahr 2006 von 40 auf 60 Jahre, d. h. bis 2034, verlängert. Das Verfahren für den Bau eines neuen Kernkraftwerks wurde 2009 eingeleitet.
- In **Frankreich** sind derzeit 58 Kernkraftwerke in Betrieb, für die der Betreiber aktuell – in Anlehnung an die internationalen Erfahrungen – ein technisches Programm für längere Betriebszeiten implementiert. Ein weiterer Kernkraftwerksblock wird gebaut und das 60. Kernkraftwerk befindet sich in Planung.
- **Schweden** macht den Atomausstieg rückgängig. Das Parlament stimmte erst Mitte Juni diesen Jahres mit knapper Mehrheit für den Bau neuer Atomreaktoren. Nach dem Beschluss darf es nun im Falle der Stilllegung von einem der Reaktoren in den Kraftwerken Forsmark, Oskarshamn und Ringhals Neubauten geben.
- In **Tschechien** sind Laufzeitverlängerungen in Planung und die Umweltverträglichkeitsprüfung für zwei neu geplante Blöcke läuft.
- Auch die **Slowakei** erweitert derzeit ein Kraftwerk um zwei neue Blöcke.
- Die Regierung **Belgiens** hatte ursprünglich den Beschluss gefasst, seine Kernkraftwerke nach 40 Betriebsjahren abzuschalten - allerdings nur unter der Bedingung, dass die Versorgungssicherheit nicht gefährdet werden darf und es keine negativen Folgen für Umwelt, Arbeitsplätze und Wirtschaft gibt. Daher wurde die Einschränkung für die am längsten in Betrieb befindlichen Anlagen kürzlich aufgehoben und ein längerer Betrieb vereinbart.

Was nutzt also ein Alleingang Deutschlands? Bitte bedenken Sie: Die Atomkraft macht derzeit rund zwei Drittel der bayerischen Stromversorgung aus. Diese Kernkraftwerke erfüllen sehr hohe Sicherheitsstandards.

Deshalb wäre es unsinnig, ja sogar gefährlich, sichere AKW abzuschalten, um gleichzeitig den benötigten Strom aus deutlich unsichereren AKW aus anderen Ländern zu beziehen.

Die Laufzeitenverlängerung, auf die man sich am Sonntag verständigt hat, soll ja auch nicht pauschal für alle Kernkraftwerke gelten. Die CSU hatte stets gefordert, die Sicherheit jedes einzelnen Kernkraftwerkes zu überprüfen. Es ist aber davon auszugehen, dass die ältesten AKW wie etwa „Biblis A + B“ früher vom Netz genommen werden als die neueren, moderneren. Die beschlossene Laufzeitenverlängerung um 8 Jahre für ältere und 14 Jahre für jüngere AKW ist vertretbar.



Wolfgang Zöllner

Mitglied des Deutschen Bundestages

Der Beauftragte der Bundesregierung
für die Belange der
Patientinnen und Patienten

Im Gegenzug für das Laufzeitplus werden die Stromkonzerne mit Milliarden-Zahlungen auch für den Ausbau von Ökostrom zu Kasse gebeten. Die großen Energiekonzerne müssen wie geplant ab 2011 eine Brennelementesteuer von 2,3 Milliarden Euro jährlich zahlen - befristet bis 2016. Zusätzlich wird ein neuer „Sonderbeitrag“ zur Förderung erneuerbarer Energien fällig.

Sie können davon ausgehen, dass für mich als ehemaligen Sicherheitsingenieur die Sicherheit der Bevölkerung höchste Priorität hat.

Ich hoffe, ich konnte Ihnen mit diesen Informationen weiterhelfen. Ich wünsche Ihnen alles Gute und verbleibe

mit freundlichen Grüßen

Ihr

Wolfgang Zöllner, MdB